PROKLA 217 | 54. Jahrgang | Nr. 4 | Dezember 2024 | S. 735-753
https://doi.org/10.32387/prokla.v54i217.2162

Tom Khaled Würdemann*

Israel als »siedlerkolonialer« Staat?

Zusammenfassung: In diesem Artikel wird die kontrovers diskutierte These vom Staat Israel und der zionistischen Bewegung als Phänomenen des »Siedlerkolonialismus« erörtert. Dabei lassen sich drei Paradigmen des Begriffs unterscheiden: erstens die historische zionistische Bewegung als Form des Siedlerkolonialismus, zweitens das zeitgenössische Israel als siedlerkolonialer Staat und drittens die Betrachtung von individuellen Israelis als »SiedlerInnen«.

Schlagwörter: Israel, Palästina, Siedlerkolonialismus, Zionismus

Israel as a »Settler-Colonial« State?

Abstract: In this article, the highly controversial thesis of the state of Israel and the Zionist movement as phenomena of »settler colonialism« is discussed. Three paradigms of the term can be distinguished: firstly, the historical Zionist movement as a supposed form of settler colonialism, secondly, contemporary Israel as a settler-colonial state and thirdly, the view of individual Israelis as »settlers«.

Keywords: Israel, Palestine, Settler-Colonialism, Zionism

Ist Israel ein »siedlerkolonialer« Staat? War der Zionismus ein »Siedlerkolonialismus«? Über diese Frage wird bis heute in Forschung und Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Zumindest in der Forschung herrscht Einigkeit darüber, dass die zionistische Bewegung koloniale *Elemente* aufwies. Selbst ein pro-israelischer Autor wie Stephan Grigat (2014: 64) beschreibt den Zionismus der 1920er-Jahre als eine »kolonisierende« Bewegung. Führende Historiker wie Derek Penslar (2007: 91) haben den Zionismus »historisch und konzeptionell zwischen kolonialem, antikolonialem und postkolonialem Diskurs und Praxis« verortet. Obwohl diese Formel in der Wissenschaft kaum

* **Tom Khaled Würdemann** ist Nahostwissenschaftler und schreibt seine Promotion zur palästinensischen Nationalbewegung an der Hochschule für jüdische Studien Heidelberg.

umstritten ist, hat die Behauptung, Israel sei ein »siedlerkolonialer Staat« oder der Zionismus ein »Siedlerkolonialismus«, in der öffentlichen Debatte Deutschlands einen sehr schlechten Leumund. Oft wird die Behauptung gar als eine Form des »israelbezogenen Antisemitismus« bezeichnet (Rensmann 2021). Auf der pro-palästinensischen Seite der deutschen Debatte hingegen wird der Begriff oft wie eine Zauberformel verwendet und repräsentiert den Anspruch auf einen Generalschlüssel für den Konflikt. Wirkliche Analysen sind selten, der Begriff bleibt diffus. Ein Grund dafür ist, dass er von ganz unterschiedlichen Gruppen verwendet wird. Das reicht von linken ZionistInnen, die Israels Geschichte kritisch hinterfragen, bis zu Dschihadisten, die Israelis töten wollen. Es ist also möglich, vom »israelischen Siedlerkolonialismus« zu sprechen und völlig unterschiedliche Dinge zu meinen.

In diesem Artikel versuche ich, durch die Bildung von drei idealtypischen Paradigmen ein Verständnis für den Begriff »Siedlerkolonialismus« in Bezug auf Israel und den Zionismus zu schaffen. Im ersten Abschnitt behandele ich das historische Paradigma: Inwieweit war der Zionismus eine siedlerkoloniale Bewegung? Anschließend geht es um das politische Paradigma: Inwieweit ist Israel ein siedlerkolonialer Staat? Abschließend wird das Paradigma der Feindschaft betrachtet: Welche politischen Programme sind mit dem Begriff des »Siedlerkolonialismus« in der Realität verbunden?

Das historische Paradigma: Der Zionismus als eine siedlerkoloniale Bewegung

Die Ähnlichkeit zwischen dem modernen politischen Zionismus zwischen 1904 und 1948 und dem europäischen Siedlerkolonialismus ist leicht aufzuzeigen: Das Ziel der zionistischen Bewegung war die organisierte Migration einer Menschengruppe in ein bestimmtes Territorium, mit dem Zweck des Aufbaus einer neuen Gesellschaft. Die soziale und politische Integration in die dort bestehende Gesellschaft vermied die Bewegung bewusst, denn das zionistische Projekt konnte und wollte sich nicht von der Zustimmung der lokalen arabischen Mehrheit abgängig machen. Für sie überwogen die Notwendigkeit eines jüdischen Staates und die historischen Ansprüche der JüdInnen auf das Land gegenüber denen der einheimischen Mehrheit.

Dieser zentrale Aspekt der israelischen Gründungsgeschichte – der Ausschluss eines arabischen Mitspracherechts und die Organisation von Migration mit dem bewussten Ziel, das politische Machtverhältnis zu drehen – bildet den Kern des ursprünglichen Konflikts. Das nationale Territorium musste durch die politische Verdrängung einer einheimischen Mehrheit erst geschaffen werden. Darin unterscheidet Israel sich von vielen anderen Fällen der – stets

gewaltsamen – Formierung des Nationalstaats. Der Begriff »Siedler-Kolonialismus« ist für diesen Vorgang eine adäquate Bezeichnung. Dennoch bleibt der Fall komplex, denn auf der anderen Seite unterschied der Zionismus sich in entscheidenden Aspekten von anderen siedlerkolonialen Bewegungen.

Landnahme und Zivilisierungsmission

Hartnäckig hält sich das Gerücht, die zionistische Bewegung hätte Palästina für ein »Land ohne Volk« gehalten. Tatsächlich wurde dieser Slogan außerhalb der Propaganda selten verwendet (Krämer 2008: 165f.). In der Realität war den VertreterInnen des Zionismus früh bewusst, dass das Land bewohnt war. Deshalb suchten sie von Anfang an einerseits eine Verständigung mit der lokalen Bevölkerung, andererseits wollten sie unbedingt deren politische Selbstbestimmung verhindern.

Einige ZionistInnen spielten von Anfang an mit dem Gedanken, die einheimische Mehrheit mit Gewalt dazu zu zwingen, ihre Ansprüche zu akzeptieren. In den Worten von Naftali Herz Imber, dem Verfasser der israelischen Nationalhymne HaTikva: »Mit Weinen und weinerlichem Flehen wird Zion nicht gewonnen werden. Mit Schwert und Bogen – hört ihr! – wird Jerusalem wieder aufgebaut werden« (Morris 2023: 31). Das war noch kein politischer Plan, aber ein Bekenntnis zum romantischen Nationalismus in der europäischen Tradition, der die Konstituierung der Nation durch Gewalt als männlichen, befreienden Akt betrachtet.

Im Jahr 1923 beschrieb der intellektuelle Vater des Rechtszionismus, Ze'ev Jabotinsky (1923), den Konflikt als einen zwischen »Einheimischen« und »Kolonisierung«, und dass naturgemäß »die Einheimischen die Kolonisatoren immer bekämpfen würden«, unabhängig ob diese mit humanistischen Absichten gekommen seien oder nicht. Und zu einer Zeit, als »Kolonisierung« noch kein Schimpfwort war, benutzten einige Organisationen den Begriff zur Selbstbeschreibung, etwa die 1924 gegründete »Palestine Jewish Colonization Association«.

Der österreichische Schriftsteller Felix Salten beschrieb in seinem Reisebericht »Neue Menschen auf alter Erde« von 1925 unzweideutig, dass das jüdische Projekt einer Staatsgründung ein Wettlauf mit der arabischen Bevölkerung sei, die selbst staatliche Strukturen aufbaue. Da die Araber eine klare Mehrheit stellten, müsste die zionistische Bewegung ihren Modernisierungsvorsprung nutzen und sich in die Machtposition setzen. Das jüdische Volk sei somit in der ungewöhnlichen Position, sich »sein Heimatland erst erobern zu müssen« (Salten 1925: 270).

Und noch 1956 sprach der israelische General und Politiker Moshe Dayan bei einer Gedenkrede im Kibbuz Nahal Oz (ein Ort, der 2023 durch den

Hamas-Angriff verwüstet wurde) davon, dass er zur »Generation der Besiedlung« gehöre, die ein Land erobert habe, das zuvor von einem anderen Volk bewohnt wurde. Daher dürfte Israel nie nachlassen in seiner Wachsamkeit. Denn die Versuche des anderen Volks, in seine Heimat zurückzukehren, würden nicht nachlassen (Dayan 1956).

Am bekanntesten in diesem Kontext ist vielleicht das von dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses Nahum Goldmann (1978: 99) überlieferte Zitat des ersten israelischen Staatspräsidenten David Ben-Gurion, er würde – wäre er Araber – niemals mit den Zionisten Frieden schließen; diese hätten ihnen ja das Land weggenommen. All diese Beispiele zeigen: In der Gründungsgeneration Israels herrschte ein Bewusstsein dafür, dass der Zionismus eine Bewegung der Landnahme durch Machtpolitik war. Dieses Wissen war trotz der Selbstzweifel exportierbar: Im Jahr 1960 riet David Ben-Gurion seinem damaligen engen Verbündeten, Frankreichs Präsident Charles de Gaulle, zu einer verstärkten zivilen Siedlungstätigkeit in Algerien als Garantie der französischen Herrschaft (Segev 2019: 658).

Imperiale Unterstützung für die zionistische Bewegung

Die zionistische Bewegung genoss bis in die späten 1930er-Jahre eine entscheidende Unterstützung einer imperialen Macht. Mit der Balfour-Deklaration von 1917 versprach Großbritannien, ihren Anspruch auf Einwanderung und Aufbau eines Proto-Staats in Palästina mitzutragen. Motiv dafür waren geopolitische Überlegungen wie auch der christliche Zionismus britischer Staatsmänner. In der Erklärung und im 1922 verabschiedeten Grundsatzpapier des »British Mandate for Palestine« erklären sie die Errichtung des »Jewish Home« zum Ziel des Mandats, aber sie erwähnen die politischen Rechte der über 90 Prozent betragenden arabischen Mehrheit mit keinem Wort.[1] Aus arabischer Sicht war daher eine andere Interpretation als die, dass dieses Papier ihre Entrechtung bedeuten sollte, weder möglich noch angebracht.

Ohne das britische Mandat wäre das Gebiet Palästinas nach dem Ersten Weltkrieg wohl der Türkei zugehörig geblieben oder Teil eines arabischen Staates geworden. Zu diesem Zeitpunkt existierte kein verteidigungsfähiger jüdischer Proto-Staat in Palästina. Die Erfolgsaussichten für das zionistische Projekt wären sehr gering gewesen. Stattdessen konnten zionistische Vertreter an der Pariser Friedenskonferenz von 1919 teilnehmen. Dort präsentierten sie eine Karte mit einem Gebietsvorschlag für ein jüdisches Heimat-

1 Im Mandatspapier wurden nur »religiöse und zivile« Rechte erwähnt, was die Auslassung der politischen Rechte aus Sicht der arabischen Bevölkerung umso ominöser machte (vgl. Gelvin 2021: 83).

land, das zu diesem Zeitpunkt zu ca. 95 Prozent nicht-jüdisch war. Natürlich konnte sich niemand aus der (arabischen) Mehrheit Palästinas dagegen aussprechen, da niemand eingeladen war.[2]

Im Folgenden ernannten die Briten einen zionistischen Juden – Herbert Samuel – zum Hochkommissar für Palästina (1920–1925). Seine Aufgabe war die Umsetzung der Balfour-Erklärung. Dementsprechend unterstützten die Briten, anders als in anderen arabischen Einflussgebieten, in Palästina kein »Nation Building« über (einigermaßen) freie Parlamentswahlen – wie 1924 in Ägypten, 1925 im Irak und 1929 in Jordanien. Stattdessen organisierte die britische Kolonialmacht im Jahr 1923 Wahlen für eine palästinensische Legislative, in der nur zehn der 23 Abgeordneten palästinensische AraberInnen sein konnten. Neben zwei durch Proporz festgesetzten jüdischen Abgeordneten wäre die Mehrheit von der britische Kolonialverwaltung bestimmt worden (Friesel 1987: 198). Da freiere Wahlen zwangsläufig ein Empowerment für die antizionistische arabischen Mehrheit bedeutet hätten, wäre das den britischen Verbindlichkeiten gegenüber der zionistischen Bewegung direkt entgegengelaufen. Dies zeigt, wie sehr der Erfolg des zionistischen Projekts in einer entscheidenden Phase von imperialer Unterstützung abhing.

Darüber hinaus waren die Verbindungen der zionistischen Bewegung zur jüdischen Diaspora in Europa und Nordamerika von entscheidender Bedeutung und verschafften ihr finanziell-technologische Vorteile. Die Waffenlieferungen aus der Tschechoslowakei, die Israel im Krieg von 1948 erhielt, wurden größtenteils von amerikanischen JüdInnen bezahlt. Die Kampagne, die das amerikanische Judentum startete, um die Position von Präsident Truman zum UN-Teilungsplan zu beeinflussen, hatte keinen Gegenpart, da eine vergleichbare arabische Diaspora nicht existierte (Morris 2023: 101, 130).

Die Ambivalenz der Idee von »kolonialen jüdischen SiedlerInnen«

In all den obigen Aspekten passt die zionistischen Bewegung in die Begriffsdefinition des »Siedlerkolonialismus« als Bezeichnung für die soziale Beziehung zwischen einer Migrationsbewegung als politischem Projekt und einheimischer Mehrheit. Dennoch gibt es auch entscheidende Unterschiede. Der Zionismus der ersten Alijah zwischen 1870 und 1900, vor der Bildung des modernen politischen Zionismus, war kein organisiertes politisches Projekt, sondern eine diverse Migrationsbewegung, ausgehend von verschiedenen

2 Vertreter des heutigen Jordanien und Saudi-Arabien waren anwesend, aber keine arabische Delegation aus dem heutigen Israel/Palästina. Vgl. die Karte »Map of Borders of Palestine Claimed by the World Zionist Organization (1919)«, https://www.jewishvirtuallibrary.org/.

Teilen der jüdischen Diaspora (u.a. aus Jemen oder Russland).[3] Die jüdischen SiedlerInnen wurden zwar aus Europa finanziert, aber arbeiteten mit informellen Mitteln gegen die Missbilligung des osmanischen Staates und das zunehmende Misstrauen der arabischen Mehrheit.

Auch der politische Zionismus ab ca. 1905 genoss keine ständige Unterstützung durch ein imperiales Mutterland, anders als zum Beispiel früher die britischen Kolonien in Nordamerika. Angesichts des Widerstands der arabischen Mehrheit rückte die britische Mandatsverwaltung schon beginnend den frühen 1920ern allmählich von der Balfour-Deklaration ab. Als der erwähnte Hochkommissar Herbert Samuel 1925 Palästina verließ, war er auch bei der zionistischen Bewegung unbeliebt. Und als die Briten aus lokalen wie geopolitischen Erwägungen im Weißbuch von 1939 die Balfour-Erklärung quasi widerriefen und die jüdische Einwanderung weitgehend stoppten, wurde der Jischuw selbst ein Opfer der britischen Politik.[4]

Die meisten jüdischen SiedlerInnen – und das gilt für alle großen Migrationsbewegungen nach Palästina/Israel bis zum Ende der 1980er-Jahre – kamen als Flüchtlinge, nicht als Vertreter eines erobernden Staates. Sie suchten Zuflucht vor den zaristischen Pogromen in Russland um 1900 oder der nationalsozialistischen Verfolgung; und natürlich auch vor Diskriminierung und Gewalt in arabischen Gesellschaften, was ab 1945 zum Exodus der dortigen jüdischen Bevölkerungen führte.

Interessanterweise ist aber gerade dieser Aspekt – dass die zionistischen SiedlerInnen als Flüchtlinge kamen – nicht einzigartig. Die russischen SiedlerInnen in Sibirien waren oft unter Zwang dort hingeschickte Leibeigene. Die wichtigste frühe britische Siedlerkolonie in Nordamerika – Neuengland – bestand nicht aus ökonomisch motivierten MigrantInnen wie in den karibischen Kolonien, sondern aus einer diskriminierten religiösen Minderheit. Auch das häufig zu hörende Argument, der Zionismus sei nicht »kolonial«, da er keine Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung beabsichtigt habe, greift daher zu kurz: Die Puritaner in Nordamerika waren ebenfalls an einer ökonomischen Ausbeutung der *Native Americans* nicht interessiert, sondern an Boden für den Aufbau und die Expansion ihrer Gesellschaft (Berg 2013: 8).

Das Argument, die vor Israels Staatsgründung einwandernden JüdInnen könnten keine SiedlerInnen sein, denn sie hätten wegen antisemitischer Verfolgung »kein anderes Heimatland« als Israel/Palästina, ist

3 Alijah, hebräisch für »Aufstieg«, ist die Bezeichnung für jüdische Einwanderung nach Israel/Palästina.

4 Jischuw, hebräisch »Ansiedlung«, ist hier die Bezeichnung für den jüdischen Proto-Staat in Israel/Palästina vor 1948.

ebenfalls falsch.[5] Die Entscheidung, den jüdischen Staat *in Palästina* zu errichten, war ideologisch geprägt und kein Sachzwang. Durch den dort entstehenden Nationalkonflikt im Mandatsgebiet trug diese Entscheidung in den 1930er-Jahren dazu bei, die Evakuierung von europäischen JüdInnen dorthin zu erschweren, da jede Fluchtbewegung von der Shoah von den einheimischen AraberInnen – nachvollziehbarerweise – als Stärkung des nationalen Projekts der ZionistInnen gesehen wurde und den Bürgerkrieg intensivierte.

Ein tatsächlicher Unterschied zwischen Zionismus und anderen siedlerkolonialen Bewegungen ist dagegen die historische Faktizität der Idee einer »Rückkehr in die Heimat«. Das jüdische Volk stammt *tatsächlich* aus dem Gebiet des heutigen Israel/Palästina. Die historische Existenz des Namens »Israel« als Volksgruppe lässt sich bis zu 3.200 Jahre zurückliegend archäologisch nachweisen, und »Israel« als Land für bis zu 2.800 Jahre.[6]

Genauso deutlich ist die ideologische Verbindung der JüdInnen zum Land Eretz Israel. Zum Kern der jüdischen Mythologie gehören mehrere Geschichten des von Gott geschenkten Auszugs ins gelobte Land. Im täglichen Ritualgebet erwähnen orthodoxe JüdInnen jeden Tag »Zion« und »Jerusalem« mindestens 15-mal. Im Gebet »Tefillat Geshem« zum Beginn des Sukkot-Festes beten fromme JüdInnen schon seit Jahrhunderten um reichlich Regen in Eretz Israel – einem Land, das früher kaum einer von ihnen je zu Gesicht bekam.[7] Diese Verbindung, die über 1.800 Jahre in der Diaspora reichte, wurde durch eine ständige jüdische Präsenz in Palästina ergänzt. Mitte des 19. Jahrhunderts war Jerusalem, manchen Quellen zufolge, eine mehrheitlich jüdische Stadt (Ben-Arieh 1975). Gegenüber dem Tempelberg/Haram al-Sharif, auf dem Ölberg, befindet sich ein Jahrhunderte alter Friedhof. Dort sind JüdInnen begraben, die in Palästina gelebt haben oder im hohen Alter in das Land gereist sind. Sie wollten an dem Ort beigesetzt werden, an dem der Messias die Auferstehung der Toten einleiten wird.

5 Siehe z.B. »Why Israel is NOT violating international law«, https://blogs.timesofisrael.com/ (4.1.2024).

6 Beispielsweise die Merenptah-Stele aus dem Jahr 1208 v. Chr. Die Indigenität des jüdischen Volkes in Palästina wird durch die Archäologie paradoxerweise sogar noch stärker hervorgehoben als durch die religiösen Quellen: Entsprechend dem Buch Josua in der Bibel zog das jüdische Volk auf Gottes Befehl vom Sinai aus nach Kanaan ein. Dort vernichtete es die einheimische Bevölkerung (vgl. Josua 10: 40-43), um sich an ihrer Stelle anzusiedeln. Nach den Erkenntnissen der modernen Archäologie gab es aber wohl gar keinen Auszug aus Ägypten. Stattdessen formierten die Hebräer sich aus schon vorher dort lebenden Gruppen (siehe Clauss 2009: 125ff.).

7 Siehe »Segen des Regens: Maschiw haRuach uMorid haGaschem«, https://raawi.de/ (4.2.2022) für eine Erläuterung des »Tefillat Geshem«.

Das zionistische Ideal eines Exodus aus der Unterdrückung Europas wurde von einer Kultur der Selbst-Indigenisierung begleitet. Die ZionistInen stellten sich vor, dass sie nach langer Zeit in einer unnatürlichen und feindlichen Umgebung nach Hause zurückkehren würden. Eines der berühmtesten Motive der frühen zionistischen Siedlung ist die Verwandlung der JüdInnen des *galut* (der Diaspora) in stolze Beduinenkrieger (Bram 2022). Die »Ablehnung der Diaspora« war sowohl eine Reaktion auf die Unterdrückung durch den europäischen Antisemitismus (in dem JüdInnen häufig als »orientalische« Andere abgestempelt wurden) als auch eine Rückkehr zu einem Erbe, das in der jüdischen Kultur stets bewahrt worden war. Die Wiederbelebung der hebräischen Sprache in dem Land, aus dem die ältesten archäologischen Funde hebräischer Inschriften stammen, ist ein typisches Beispiel dafür. In diesem Sinne könnte man den Zionismus eher als praktischen Diaspora-Nationalismus denn als Siedlerkolonialismus bezeichnen (vgl. Becke 2014).

Neben der romantisch-nationalistischen Idee der »Rückkehr zu den Wurzeln« war das Hauptmotiv des Zionismus zudem die Idee, einen »Schutzraum« vor antisemitischer Verfolgung zu bilden. Theodor Herzl, der Begründer des modernen Zionismus, war kein hebräischer Schwärmer, sondern an erster Stelle von eben jener Idee eines sicheren Hafens motiviert. In dieser Hinsicht kann der Zionismus als eine Bewegung der Befreiung (vom Antisemitismus) beschrieben werden, wie andere Bewegungen des »Befreiungsnationalismus« in der spätkolonialen Zeit: beispielsweise die Idee von Pakistan als »muslimischem Zion«, die Idee vom Libanon als christlichem Schutzraum in einer muslimischen Umgebung, oder die »Back to Africa«-Bewegung in den Vereinigten Staaten in den 1920er-Jahren (siehe Penslar 2006; Becke 2018).

Angesichts der jahrhundertelangen Diskriminierung der JüdInnen in der islamischen Welt ist auch die Frage legitim, ob der Antizionismus der arabischen Welt noch andere Gründe hat als Widerstand gegen koloniale Unterdrückung. Neben der Ideologie des modernen Antisemitismus wäre das, was Mordechai Nisan (2002: 268) die »Angst vor der Dhimmi-Rebellion« genannt hat – also der jüdische Staat nicht nur als Ungerechtigkeit gegen die einheimischen PalästinenserInnen, sondern auch als Infragestellung arabisch-islamischer Vorherrschaft in der Region.

Die Ambivalenz in der Beziehung des Zionismus zur einheimischen palästinensisch-arabischen Bevölkerung

Die zionistische Bewegung lehnte – wie ausgeführt – den Anspruch der arabischen Mehrheit in Palästina auf politische Selbstbestimmung ab. Das änderte sich erst in den 1930er-Jahren, als die AnführerInnen des Jischuw zähneknirschend begannen, Teilungspläne zu akzeptieren (Morris 2009). Die vom Jischuw

verfolgte Strategie, eine autarke »hebräische« Wirtschaft aufzubauen, sorgte für eine bewusste Trennung von und damit einen ausgeprägten Wettbewerb mit der arabischen Mehrheit. Echte gemeinsame wirtschaftliche Interessen konnten sich trotz einiger Versuche auf beiden Seiten nicht entwickeln. Die sozialistische Kibbuz-Bewegung wollte »neue JüdInnen« schaffen – und war gerade deshalb besonders ausgrenzend gegenüber den AraberInnen.

Trotzdem war im frühen Zionismus noch die Idee der Zivilisierungsmission verbreitet. Im Roman *Altneuland* von Theodor Herzl spricht ein arabischer Bürger des jüdischen Staats in spöttischem Ton vom europäischen Antisemitismus – so etwas würde den AraberInnen niemals einfallen. Denn sie seien ja dankbar dafür, dass die JüdInnen sie in die Zivilisation emporgehoben hätten (Herzl 1902: 140). Der 1921 bei arabischen Krawallen getötete Joseph Chaim Brenner hatte wenige Wochen vor seinem Tod in einer Kurzgeschichte noch betont, die JüdInnen hätten die »Verantwortung«, die Araber zu »lehren«, sodass dieser ein »Bruder und Freund« werden könne (Bargad 1975).

Als die arabische Nationalbewegung in Palästina sich organisiert gegen den Zionismus wandte, wurde die arabische Bevölkerung aber zunehmend als Bedrohung wahrgenommen. Mit dieser wachsenden Rivalität veränderte sich auch die Richtung der Zivilisierungsidee: Vor dem UNSCOP-Komitee, das 1947 Palästina besuchte und über die Zukunft des Landes beratschlagte, sahen zionistische Vertreter ihre zivilisatorische Überlegenheit über die AraberInnen als Argument für ihren Anspruch auf separate Staatlichkeit (Morris 2023: 78ff.).

Spätestens ab den 1930er-Jahren war dann auch die Idee des »Transfers« in der zionistischen Bewegung verbreitet. Faktisch war damit die Vertreibung der arabischen Bevölkerung gemeint, um in einem Gebiet eine jüdische Mehrheit zu schaffen. Mit ihrer Zustimmung zum Peel-Plan im Jahr 1937 adaptierte die zionistische Seite zum ersten Mal eine solche Vertreibungsidee offiziell als Option. Zitate von wichtigen zionistischen Politikern belegen, dass der begrenzte Transfer des Peel-Plans nur als Schritt zu einer größeren Landnahme gesehen wurde (Morris 2009).

Im Bürgerkrieg von 1947 und im ersten arabisch-israelischen Krieg von 1948 führten Milizen und die Armee des Staates Israel systematische Vertreibungen durch. Gemeinsam mit der Weigerung, vor dem Krieg geflohene PalästinenserInnen nach dem Waffenstillstand in ihre Häuser zurückkehren zu lassen, bilden diese Operationen die Nakba, also Flucht und Vertreibung von bis zu 750.000 PalästinenserInnen. Wie die Geschichtswissenschaft nachgewiesen hat, gab es schon vor dem Krieg Pläne zur Vertreibung der palästinensischen Zivilbevölkerung, die zum Teil auch durchgeführt wurden (Morris 2023: 169). Dabei handelte es sich jedoch um militär-strategisch motivierte Vertreibungen in einem ethnischen Bürgerkrieg, nicht um einen Plan zur vollständigen

ethnischen Säuberung Palästinas. Analog wurden von der arabisch-palästinensischen Seite ebenfalls jüdische ZivilistInnen aus eroberten Gebieten vertrieben. Politiker der arabischen Seite machten aus ihren Absichten, die jüdische politische Gemeinschaft in Palästina zu zerstören, keinen Hehl. Und in den kommenden zwei Jahrzehnten floh oder migrierte fast die gesamte arabisch-jüdische Gemeinschaft nach Israel, meist unter dem Druck von judenfeindlich verhetzten Gesellschaften. Die Vertreibungen des Jahres 1948 ähneln daher mehr den Formen von Gewalt, die typisch für postkoloniale Staatsgründungsprozesse sind, als einem einseitigen siedlerkolonialen Vorgang.

Nach der Gründung des Staates Israel behandelte der neue Staat AraberInnen als Bevölkerungsgruppe zweiter Klasse, insbesondere unter dem System der Militärregierung bis 1966. Unter dem Militärrecht waren Wahlrecht, Bewegungsfreiheit und Pressefreiheit nicht-jüdischer Menschen in Israel stark eingeschränkt. Zudem war es bis Mitte der 1970er-Jahre gängige staatliche Praxis, das Land arabischer BürgerInnen Israels zu enteignen, um es JüdInnen zu geben (Jiryis 1969: 55ff.).

Und obwohl seither Fortschritte erzielt wurden, bleiben AraberInnen in Israel politisch marginalisiert. In Israels Geschichte gibt es keinen nicht-jüdischen Politiker, der eine Position von echter nationaler Bedeutung eingenommen hat. Die Gründe dafür sind vielfältig. Neben Rassismus und Diskriminierung war auch der historische Wille zur politischen Partizipation in der arabischen Gemeinschaft Israels eher gering. Beispielsweise ist bemerkenswert, wie viele bedeutende arabisch-palästinensische Intellektuelle entweder ausgewandert sind oder exiliert wurden: Mahmoud Darwish, Azmi Bishara, Sayed Kashua und Wael Hallaq sind nur einige Beispiele.

Der ideologische Kern der Marginalisierung der AraberInnen aber birgt eine tiefe Konfliktlinie: Anders als in anderen demokratischen Nationalstaaten ist die Zugehörigkeit zum Staatsvolk Israels weder eine Frage der Staatsangehörigkeit noch der Assimilation, sondern ist (modifiziert) aus der Halakha, den Regeln des rabbinischen Judentums, abgeleitet. Wer nicht jüdischer Herkunft ist, ist ausdrücklich nicht in Israels Staatsräson mitgemeint (obgleich man sich subjektiv natürlich zugehörig fühlen kann). Die ethno-konfessionelle Natur des Judentums stellte von Beginn an einen Faktor im Konflikt dar, da so keine plausible Möglichkeit für eine Assimilation der AraberInnen in eine größere Idee des »jüdischen Volkes« bestand. Dies war jedoch weniger ein Aspekt von »Siedlerkolonialismus«, sondern ist vielmehr ein für den Nahen Osten typisches Problem der Verquickung von Staat und (Ethno-)Religion.

Andererseits war sich die zionistische Bewegung schon vor der Staatsgründung einig, dass die arabische Bevölkerung einen individuell gleichberechtigten Platz im jüdischen Staat haben sollte. Daher waren mit der süd-

afrikanischen Apartheid vergleichbare Ideologien wenig verbreitet, bis in den 1970er-Jahren eine aggressive Form des religiösen Zionismus stärker wurde. Selbst rechte Politiker wie Menachem Begin sahen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung als selbstverständliches Prinzip des jüdischen Staates an.[8] Begins Vordenker Ze'ev Jabotinsky (1940: 216f.) hatte beispielsweise vorgeschlagen, dass das Amt des Staatsoberhauptes im künftigen jüdischen Staat abwechselnd von AraberInnen und JüdInnen bekleidet werden sollte.

Die meisten ZionistInen stellten sich das Zusammenleben mit den »arabischen Cousins« weitaus harmonischer vor als in den europäischen Nationen, von denen sie sich emanzipieren wollten. Ihr liberaler Utopismus kam zwar bald in Konflikt mit der Realität, war aber durchaus ernst gemeint.

Und selbst der umstrittenste Teil der israelischen Geschichte – die Vertreibung von 750.000 PalästinenserInnen während des Unabhängigkeitskrieges von 1948 – war nicht in erster Linie Ausdruck einer rassistischen Ideologie, die das Land von Nicht-JüdInnen säubern wollte. Sie folgte vielmehr einer unmenschlichen, aber pragmatischen Logik während eines Krieges, der den Jischuw als politische Gemeinschaft zu vernichten drohte. In Anbetracht der bis heute andauernden äußeren Bedrohungen des Landes kann es daher als Erfolg gesehen werden, dass israelische AraberInnen bis heute ein – regional betrachtet – hohes Maß an demokratischen Freiheiten genießen.

Vor allem aber ist der gegenwärtige Konflikt zwischen Israel und den palästinensischen AraberInnen in erster Linie ein nationaler Konflikt. Er lässt sich besser verstehen, wenn man ihn als einen ungleichen und ungelösten ethnischen Bürgerkrieg betrachtet, und nicht als einen Fall von permanenter Kolonisierung.

Dennoch versuchen viele Ansätze, von der frühen Phase der zionistischen Geschichte – die eindeutig in das Paradigma von Besiedlung und Kolonisierung gehört – direkt auf die Gegenwart Israels zu schließen. Demnach sei Israel nicht nur illegale Besatzungsmacht, sondern konstitutiv ein »siedlerkolonialer Staat«.

Das politische Paradigma: Israel als »siedlerkoloniale« Gesellschaft

Die zeitgenössische akademische Zionismus-Kritik befasst sich weniger mit historischen Narrativen über die zionistische Bewegung, sondern vertritt vor allem die These, dass Israel durch seine Natur als »siedlerkoloniale« Gesellschaft politisch determiniert sei. Eine bloße Reform sei daher unmöglich. Ei-

8 Der »Selbstregierungs-Plan«, der PalästinenserInnen den Erwerb der israelischen Staatsbürgerschaft ermöglichen sollte, siehe »Israeli PM Begin's Palestinian Self-Rule Plan (1977)«, https://ecf.org.il/ (27.12.1977).

nen »Siedler«-Staat in einen »normalen« Staat umzuwandeln sei quasi ebenso unmöglich wie einen Diesel-Lkw in ein Elektroauto umzubauen (Pappé 2012: 350; Salamanca u.a. 2012: 4).

Das Hauptmerkmal dieser »siedlerkolonialen« Beschaffenheit sei, dass »Zionisten« sich, bedingt durch die Geschichte des Landes, eine Beziehung zu den PalästinenserInnen nur als Herrschaftsverhältnis vorstellen könnten. Jede Bedrohung dieses Herrschaftsverhältnisses werde als Bedrohung ihrer eigenen Existenz empfunden. Dies sei das Erbe einer Gesellschaft, die durch Vertreibung und Gewalt geschaffen wurde. Und es bestimme den Horizont der zionistischen Israelis für die Zukunft: noch mehr Gewalt. Jedes Nachlassen in der Unterdrückung der PalästinenserInnen führe zur Gefahr des Zusammenbruchs des ganzen Systems (Amoruso u.a.: 451ff.; Busbridge 2018: 100f.; Wolfe 2006: 401f.).

Aufgrund dieser Kombination aus Ideologie und materiellen Bedingungen, so schreiben viele VertreterInnen des Paradigmas, könne Israel nicht durch Reformen zum »normalen« Nationalstaat werden, sondern müsse abgeschafft werden. Außerdem sei eine bessere Zukunft nur durch bewusste Rückgängigmachung des Unrechts möglich, das den PalästinenserInnen durch Gründung und Politik Israels angetan wurde. Diese Gedanken – derzeit in der globalen Linken hegemonial – sind nicht neu, sondern wurden in den 1960er-Jahren von dem palästinensischen Intellektuellen Fayez Sayegh (1965) formuliert.

In abgeschwächter Form wurde eine ähnliche Idee im sogenannten Post-Zionismus vertreten, einer Strömung der jüdischen Linken. Sie geht von ähnlichen Annahmen über den Staat Israel aus, glaubt aber an die Möglichkeit einer Reform. Israel könne sich von einem exklusiven Nationalstaat des jüdischen Volks zu einem Staat für »alle seine Bürger« entwickeln (siehe Becke 2021: 1ff.). Vielleicht kommt das postzionistische Denken dem positiven Erbe des postkolonialen Denkens am nächsten, da es den Schwerpunkt auf Hybridität statt auf nationale Reinheit und die scharfe Trennung von »Siedlern« und »Indigenen« legt. Besonders erfolgreich war dieser Ansatz aus den 1990er-Jahren aber nicht.

Eine von Anhängern des »siedlerkolonialen Paradigmas« bisher zu wenig betrachtete zentrale Frage ist daher, ob ihre Analyse der Gegenwart bei der Arbeit für eine friedliche Zukunft hilft – im Bewusstsein, dass das eine sehr selektive Frage an einen akademischen Ansatz ist. Teile des »siedlerkolonialen« Paradigmas beschreiben Phänomene in Israel zutreffend. Viele rechte Israelis – einschließlich der aktuellen Regierung – leugnen jegliches Recht der PalästinenserInnen auf Selbstbestimmung auf der Grundlage einer Vision von »Großisrael«. Sie sehen die bloße Vorstellung von palästinensischer

Selbstbestimmung als Angriff auf die Grundfesten des jüdischen Staats. Nach einer Umfrage führender DemografInnen aus Israel/Palästina im Jahr 2024 sind 75 Prozent der israelischen JüdInnen überzeugt, dass das *Land from the River to the Sea* »überhaupt nicht« den PalästinenserInnen gehöre.[9]

Dieses Denken gründet – anders als von Verteidigern der israelischen Rechten behauptet – nicht ausschließlich auf strategischen Erwägungen der Selbstverteidigung, sondern auch auf nationalistischem Denken vom »Land Israel« für das »Volk Israel«. Die palästinensische Bevölkerung wird an erster Stelle als Konkurrent um das Land gesehen, auf das aber nur die eigene Seite ein Recht habe. Die arabisch-israelische Minderheit wird von rechten Israelis nicht als gleichberechtigte BürgerInnen, sondern als den JüdInnen nachgeordnet, quasi als Dhimmis (»Schutzbefohlene«) angesehen.

Der deutlichste Aspekt des Siedlerkolonialismus seit der Gründung Israels ist das Siedlungsprojekt im Westjordanland. Vor Ausbruch des Krieges im Jahr 2023 hatte zuletzt Benny Morris, einer der bedeutendsten Historiker Israels, durch seine Unterschrift unter den offenen Brief »The Elephant in the Room« den Siedlungs- und Besatzungskomplex als eine Form der »Kolonisierung« und vergleichbar mit einem »Apartheidsystem« bezeichnet.[10]

Aus Sicht des siedlerkolonialen Paradigmas ist das Siedlungsprojekt Ausdruck eines dem Zionismus inhärenten Bedürfnisses nach Expansion. Das ist angesichts der Kontinuität zionistischer Siedlungstätigkeiten seit über hundert Jahren zuerst einmal plausibel: Das Siedlungsprojekt ist eine Kampagne, um weiteres Land zu erobern und die einheimische Bevölkerung in einen dauerhaften Zustand der Unterdrückung zu zwingen. Denn es handelt es sich bei der Siedlerbewegung nicht einfach um »JüdInnen« die in ihrer »historischen Heimat« leben wollen, wie es bisweilen selbst in der deutschen Linken behauptet wird. Sondern es sind Israelis, die einen klaren territorialen Herrschaftsanspruch gegen die einheimische Mehrheit vertreten.

Um den aktuellen Konflikt zu verstehen, ist es notwendig, diese Verhältnisse anzuerkennen. Man muss sie aber nicht notwendig unter dem »siedlerkolonialen« Paradigma analysieren. Sinnvoller ist vielleicht – wie Johannes Becke argumentiert hat –, den Blick von den »europäischen« Wurzeln Israels zu nehmen (was der Begriff »Siedlerkolonialismus« impliziert) und Israel stattdessen als nahöstlichen Staat mit einem für die Region typischen Expansionsprojekt zu beschreiben. Demnach wäre das Westjordanland eher mit der von Marokko besetzten Westsahara vergleichbar als mit dem fran-

9 »Palestinian-Israeli Pulse: A Joint Poll«, https://www.pcpsr.org/.
10 »The Elephant in the Room: Addressing the Ignored Reality in Israeli Protests«, https://thejerusalemfund.org/ (10.8.2023).

zösischen Kolonialismus in Algerien. Das passt dazu, dass die nationalreligiös motivierten israelischen SiedlerInnen der Gegenwart sich selbst nicht als Zivilisierungsprojekt der Wildnis ansehen, sondern als Rückeroberer des heimischen Bodens. So wie eben die Besatzung der Westsahara mit der historischen Zugehörigkeit zum marokkanischen Sultanat gerechtfertigt wird (Becke 2014: 14f.). Diese Differenzierung nimmt nichts von der Kritik, die an der religiösen und rechten Siedlerbewegung zu üben ist, stärkt aber die Analyse (für eine israelische Kritik siehe z.B. in Zimmermann (2024) das Kapitel »Siedler als Geiselnehmer«). Denn die Bevölkerung Israels des Jahres 2024 ist zu einem großen Teil nicht-europäischer Herkunft (ca. 60 Prozent) und hat kulturell außerhalb von Tel Aviv wenig mit »Europa« zu tun. Das Verhältnis von Staat und Religion, die Rolle des Militärs und die unklaren Grenzziehungen erinnern ebenfalls viel mehr an andere Staaten der Region als an »westliche Kolonialmächte« (vgl. Barak 2017). All das wird von der Verengung der Analyse auf ein siedlerkoloniales Projekt meistens vernebelt.

Erlösung statt Lösung

Das größte Problem der »siedlerkolonialen« Analyse ist aber, dass sie realistische Lösungen erschwert. Eine Zwei-Staaten-Lösung und sogar eine faktische Einstaatenlösung könnte funktionieren auch ohne, dass es vorher zu einer Zerstörung der israelischen Gesellschaft kommen müsste. Für die Zweistaatenlösung oder eine Konföderation (zwei Staatsapparate und zwei Staatsbürgerschaften in *einem* Land) müsste nicht einmal das intensive Misstrauen der beiden Seiten voreinander beseitigt werden – Koexistenz geht zunächst auch zwischen Feinden, sofern der für die persönliche Sicherheit relevante Konflikt befriedet ist. Der Einwand aus den siedlerkolonialen Studien, dass damit die siedlerkoloniale Machtstruktur erhalten bliebe, wäre an dieser Stelle schlicht nachrangig gegenüber der Möglichkeit von materiellem Fortschritt hin zu einer Situation, in der Menschen nicht mehr gewalttätig sterben oder täglich entrechtet werden.

Und genau diese pragmatischen Lösungsideen halten die AnhängerInnen des »siedlerkolonialen« Paradigmas aufgrund der angeblich unabänderlichen Natur der israelischen Gesellschaft nicht für möglich (vgl. Veracino 2013; Cicerchia 2024). Daher würde die Vorstellung eines unveränderlichen »siedlerkolonialen« Wesens des Staates Israel in der Realität oft kaum auf mehr als die Rechtfertigung von existierenden Strategien der Gewalt im Kampf gegen Israel hinauslaufen.

Politische VerteidigerInnen Israels würden sowieso ein anderes Argument anführen: Ihnen zufolge sei repressive israelische Politik nicht Auswuchs von Ideologie, sondern notwendige Selbstverteidigung. Und sie würden fragen,

warum ein so großer Unterschied zwischen dschihadistischen Bewegungen wie der Hamas und dem African National Congress von Nelson Mandela besteht. Tatsächlich gehört zu den dringendsten Problemen nicht nur des siedlerkolonialen Paradigmas, sondern des ganzen Konflikts, dass israelische ZivilistInnen durch zentrale Akteure auf der palästinensischen Seite zu jeder Zeit als legitime Ziele von Aggression betrachtet wurden: durch Anhänger des Großmuftis Amin al-Husseini in den 1930er-Jahren, durch arabische Freischärler in den 1940er-Jahren, durch militante PalästinenserInnen der 1950er bis 1980er-Jahre, durch die Hamas und den islamischen Dschihad seit den 1990er-Jahren. Die Vorstellungen von Israelis als »Siedler« trug dabei eine Hauptlast zur Legitimation dieser Angriffe.

Das Paradigma der Feindschaft: Israelis als »Siedler«

»Zwei Siedler (Mustawtineen) wurden bei einer Messer-Operation im Süden des besetzten Jerusalem verwundet« (Al-Jazeera 2023). Dieser Schlagzeile von Al-Jazeera ist eine von hunderten vergleichbaren, mit denen arabische Medien palästinensische Attacken auf Israelis beschreiben. Der Begriff »Siedler« bezieht sich hier nicht auf die Bewohner der illegalen Siedlungen im Westjordanland, sondern auf »normale« israelische Bürger, er geht vom Paradigma von Israel als einem »Siedlerstaat« aus. Er essenzialisiert israelische JüdInnen zu »SiedlerInnen« und erhebt inhärent eine Anklage gegen jedes diesem Kollektiv zugehörige Individuum.[11]

In dieser Verwendung kann der Begriff »Siedler« dazu dienen, israelische ZivilistInnen zu Freiwild zu erklären. Er nimmt dann eine ähnliche Funktion ein wie der vom Putin-Regime verwendete Begriff »Nazi« für Ukrainer – oder der Begriff »Terrorist« für PalästinenserInnen.[12] Deshalb muss auch nicht jeder, der ihn gebraucht, damit Gewalt rechtfertigen wollen. Es reicht, dass damit diskursiv erfolgreich eine Trennung zwischen »Mensch« (ZivilistIn) und »SiedlerIn« aufgebaut wird.

Zunehmend ist auch in der globalen Linken und insbesondere auf Social Media die Bezeichnung von Israelis, die zum Opfer politischer Gewalt wurden, als »Settlers« verbreitet.[13] Wer die am 7. Oktober 2023 ermordeten Be-

11 So eine Fatwa der al-Azhar-Universität nach Beginn des Gazakrieges 2023, die Israelis zu »Siedlern« erklärt (Arabic Post 2023).

12 Im September 2024 behauptete Eli Elbag, Vater der von der Hamas entführten Liri Elbag, im israelischen Fernsehen, dass in Gaza seit Beginn des Krieges »50.000 Terroristen« geboren worden seien. Video unter: https://x.com/ (12.9.2024).

13 Vier Beispiele von Social Media mit zwischen 1.000 und 35.000 Likes: https://x.com/ (7.10.2023), https://x.com/ (8.10.2023), https://x.com/ (7.10.2023), https://x.com/ (7.10.2023).

sucherInnen des Nova-Festivals als »Settler« bezeichnet, befördert damit ebenfalls einen Diskurs, der sie zu militärischen Zielen erklären will.[14] Das unterscheidet sich kaum noch von dschihadistischer Literatur, die die Ermordung israelischer ZivilistInnen für rechtmäßig erklärt – denn sie seien ja alle potenzielle SoldatInnen (Takruri 1997: 171). Auch bekannte Wissenschaftler wie Joseph Massad (2023; Übersetzung T.W.) dämonisierten nach dem 7. Oktober 2023 die BewohnerInnen von überfallenen Kibbutzim als »Kolonisten, die aus ihren Siedlungen fliehen«. An diesem Punkt ist unwichtig, ob das Paradigma des »Siedlerkolonialismus« die historische Wahrheit widerspiegelt. Der Widerstand gegen diese Interpretation ist humanistisches Gebot. Denn entweder gelten die Menschenrechte auch für Israelis, oder sie gelten für niemanden – so drückte es der palästinensische Historiker Rashid Khalidi nach dem 7. Oktober aus in einem Versuch, eine Basis von gemeinsamer Menschlichkeit zu bewahren (Marantz 2023).

Neben dem Versuch, israelischen JüdInnen ihre Menschlichkeit zu nehmen, bilden militante Interpretationen des »siedlerkolonialen« Paradigmas auch die Grundlage für eine Reihe von Illusionen über den israelisch-palästinensischen Konflikt, die bei UnterstützerInnen palästinensischer Militanz verbreitet sind: Die angebliche »Künstlichkeit« und vermeintliche »Schwäche« Israels.

Die Behauptung der »Künstlichkeit« besagt, dass israelische JüdInnen aufgrund ihrer mangelnden »Indigenität« nicht in der Lage seien, eine Verbindung zu ihrem Land aufzubauen. Daher wäre es das Beste, wenn die Israelis Palästina einfach verlassen würden. Sie sollten »nach Polen zurückkehren«, wie ein in den sozialen Medien kursierender Witz besagt. Abgesehen davon, dass die Mehrheit der israelischen JüdInnen aus dem Nahen Osten stammt, handelt es sich um eine grobe Verfälschung der gesellschaftlichen Realität Israels. Der israelische Nationalismus ist äußerst stark, und Fake News auf Social Media über angebliche »Auswanderungswellen« aus Israel nach dem 7. Oktober sind reine Illusion.

»Israel ist schwächer als ein Spinnennetz« ist ein zentraler Slogan der Hizbollah.[15] Er ist angelehnt an einen Vers aus dem Koran.[16] Demnach ist jede Macht, die sich nicht auf Gottes Hilfe stütze, so schwach wie ein Spinnennetz. Neben dem Glauben an die religiöse Vorbestimmung des Sieges kommt in dem Slogan die Vorstellung zum Ausdruck, dass Israel aufgrund

14 »Why We Protested Nova: Confronting Zionist Propaganda and the Manufacturing of Consent for Genocide«, https://wolpalestine.com/: Erklärung der antizionistischen Organisation »Within our Lifetime«, in der das Motto »We Will Dance Again« als Propaganda mit dem Ziel, einen »influx of settlers« aufrecht zu erhalten, bezeichnet wird.
15 In einer Rede von Hassan Nasrallah: https://x.com/ (7.4.2022).
16 Quran, Sura 29:41 (*al-ʿAnkabūt*).

seines siedlerkolonialen Charakters eine kurze Lebensspanne habe. Diese Sichtweise war schon in arabischer Forschungsliteratur zu Israel seit den 1960er-Jahren vorherrschend. In Büchern vom Forschungszentrum der PLO aus den 1970er-Jahren findet sich die Vorstellung, dass Israel aufgrund seiner inneren Widersprüche bald auseinanderbrechen würde (IPS 1973: 336). Militärische Rückschläge auf arabischer Seite wären daher auf lange Sicht bedeutungslos. Die Realität zeigte bisher genau das Gegenteil, und deshalb sind die PalästinenserInnen selbst die zweiten Opfer solcher Ideen von »Siedlerkolonialismus« als einer Form der politischen Feindbestimmung.

Fazit

Das Ziel dieses Artikels war, einen Überblick zur historisch-politischen Idee des »israelischen Siedlerkolonialismus« zu geben, und ihr politisches Potenzial einzuordnen. Es war nicht das Ziel, die Diskussion um siedlerkoloniale Aspekte Israels endgültig zu klären. Das Thema ist sehr komplex, und es können viele weitere Argumente für und wider die Idee des »Siedlerkolonialismus« angeführt werden.

Die Kernthese des Artikels ist, dass sich drei idealtypische Verwendungen des Begriffs »Siedlerkolonialismus« unterscheiden lassen: Der historische Begriff, der die zionistische Bewegung durch Elemente des »Siedlerkolonialismus« ausgezeichnet sieht. In dieser Hinsicht kann dieser Begriff deskriptiv verwendet werden, unterliegt allerdings klaren Besonderheiten und Einschränkungen. Der zweite Idealtyp ist der politische Begriff: das zeitgenössische Israel als siedlerkolonialer Staat. Hier bietet der »Siedlerkolonialismus« eine mögliche Analysekategorie für die gegenwärtige Verfasstheit dieses Staates, allerdings wohl nicht die beste und in keinem Fall die geeignete für eine zukunftsweisende Lösung. Der dritte Idealtyp ist der Begriff der Feindschaft: Alle individuellen Israelis werden als »SiedlerInnen« betrachtet. In dieser Funktion dient der Begriff oft zur (ideologischen) Rechtfertigung von wahlloser, bisweilen genozidaler Gewalt.

Daher ist die beste Lösung vielleicht, die Verwendung des Begriffs »Siedlerkolonialismus« auf die weiterhin kontroversen historischen Diskussionen um die Entstehung des Staates Israel zu beschränken. Was die Vergangenheit beschreibt, weist nicht notwendig den besten Weg in die Zukunft. Wer es verabsolutiert, baut oft genug sogar einen Weg direkt in die Hölle.

Literatur

Al-Jazeera (2023): Isābah Isrā'īliyyīn ithnayn fī 'amalīyah ta'n bi-l-Quds wa-l-iḥtilāl yaqtahim Janīn. URL: https://www.aljazeera.net/, Zugriff: 22.9.2024.

Amoruso, Francesco / Pappé, Ilan / Richter-Devroe, Sophie (2019): Knowledge, Power, and the »Settler Colonial Turn« in Palestine Studies. In: Interventions 21(4): 451-463. DOI: https://doi.org/10.1080/1369801X.2019.1581642.
Arabic Post: Markaz »al-Azhar« lil-Fatwa (2023): al-Mustawtinūn bi-l-Arāḍī al-Muḥtalatah laysaū madanīyīn, bal hum muḥtallūn lil-arḍ. URL: https://arabicpost.live/, Zugriff: 22.9.2024.
Barak, Oren (2017): State Expansion and Conflict: In and between Israel/Palestine and Lebanon. Cambridge. DOI: https://doi.org/10.1017/9781108235198.
Bargad, Warren (1977): The Image of the Arab in Israeli Literature. In: Hebrew Annual Review 1: 53-65.
Ben-Arieh, Y. (1975): The Growth of Jerusalem in the Nineteenth Century. In: Annals of the Association of American Geographers 65(2): 252-269. DOI: https://doi.org/10.1111/j.1467-8306.1975.tb01035.x.
Berg, Manfred (2013): Geschichte der USA. München. DOI: https://doi.org/10.1524/9783486737417.
Becke, Johannes (2014): Towards a de-Occidentalist perspective on Israel: The case of the Occupation. In: Journal of Israeli History 33(1): 1-23. DOI: https://doi.org/10.1080/13531042.2014.886831.
– (2018): Beyond Allozionism: Exceptionalizing and De-Exceptionalizing the Zionist Project. In: Israel Studies 23(2): 163-193. DOI: https://doi.org/10.2979/israelstudies.23.2.08.
– (2021): Post-Zionism and Israel. In: Kumaraswamy, P. R. (Hg.): The Palgrave International Handbook of Israel. Singapore. DOI: https://doi.org/10.1007/978-981-16-2717-0_22-1.
Bram, Shir (2022): Jews in Keffiyehs? – The Headdress That Became a Symbol. URL: https://blog.nli.org.il/, Zugriff: 22.9.2024.
Busbridge, Rachel (2018): Israel-Palestine and the Settler Colonial ›Turn‹: From Interpretation to Decolonization. In: Theory, Culture & Society 35(1): 91-115. DOI: https://doi.org/10.1177/0263276416688544.
Clauss, Manfred (2009): Geschichte des alten Israel. München. DOI: https://doi.org/10.1524/9783486700930.
Dayan, Moshe (1956): Moshe Dayan's Eulogy for Roi Rutenberg. URL: https://www.jewishvirtuallibrary.org/, Zugriff: 22.9.2024.
Gelvin, James L. (2021): The Israel-Palestine Conflict: A History. Cambridge. DOI: https://doi.org/10.1017/9781108771634.
Goldmann, Nahum (1978): The Jewish Paradox. New York.
Grigat, Stephan (2014): Die Einsamkeit Israels. Hamburg.
Herzl, Theodor (1902): Altneuland. Berlin.
IPS (Institute for Palestine Studies) (1973): Al-Qaḍīyah Al-Filasṭīnīyah Wal-Khaṭar Al-Ṣahyūni. Beirut: Institute for Palestine Studies.
Jabotinsky, Vladimir (Ze'ev) (1940): The Jewish War Front. London.
Jabotinsky, Ze'ev (1923): The Iron Wall. URL: https://en.jabotinsky.org/, Zugriff: 22.9.2024.
Jiryis, Sabri (1969): The Arabs in Israel. Beirut: Institute for Palestine Studies.
Krämer, Gudrun (2008): A History of Palestine. Princeton: Princeton University Press.
Marantz, Andrew (2023): Columbia Suspended Pro-Palestine Student Groups. The Faculty Revolted. URL: https://www.newyorker.com/, Zugriff: 22.9.2024.
Morris, Benny (2023): 1948: der erste arabisch-israelische Krieg. Berlin.
– (2009): Explaining Transfer: Zionist Thinking and the Creation of the Palestinian Refugee Problem. In: Bessel, Richard / Haake, Claudia B. (Hg.): Removing Peoples: Forced Removal in the Modern World. Oxford.
Nisan, Mordechai (2002): Minorities in the Middle East. Jefferson.
Pappé, Ilan (2013): Revisiting 1967: The false paradigm of peace, partition and parity. In: Settler Colonial Studies 3: 341-351. DOI: https://doi.org/10.1080/2201473X.2013.810699.
Penslar, Derek (2007): Israel in History: The Jewish State in Comparative Perspective. New York. DOI: https://doi.org/10.4324/9780203961179.

Rensmann, Lars (2021): Israelbezogener Antisemitismus. Bundeszentrale für Politische Bildung. URL: https://www.bpb.de/, Zugriff: 22.9.2024.
Salamanca, Qato / Rabie, Samour (2012): Past is present: Settler colonialism in Palestine. In: Settler Colonial Studies 2: 1-8. DOI: https://doi.org/10.1080/2201473X.2012.10648823.
Salten, Felix (1925): Neue Menschen auf alter Erde: eine Palästinafahrt. Wien.
Segev, Tom (2019): A State at Any Cost: The Life of David Ben-Gurion. New York.
Takruri, Nawwaf (1997): Al-'Amaliyyāt al-Istishhādiyya fī al-Mīzān al-Fiqhī. Damascus.
Veracini, Lorenzo (2014): Defending settler colonial studies. In: Australian Historical Studies 45(3): 311-316. DOI: https://doi.org/10.1080/1031461X.2014.946526.
Wolfe, Patrick (2006): Settler colonialism and the Elimination of the Native. In: Journal of Genocide Research 8(4): 387-409. DOI: https://doi.org/10.1080/14623520601056240.
Zimmermann, Moshe (2024): Niemals Frieden? Israel am Scheideweg. München.

BERTZ + FISCHER

Stephan Lessenich /
Thomas Scheffer (Hg.)
Gesellschaften unter Handlungszwang
Existenzielle Probleme, Normalität und Kritik
IfS Aus der Reihe 2
128 Seiten
Paperback | Fadenheftung
11 x 17 cm
€ 15,- [D] / € 15,50 [A]
ISBN 978-3-86505-852-2

Klimawandel, Armutsmigration, Krieg: Wir stehen vor einer ganzen Reihe existenzieller Probleme, die spätmoderne Gesellschaften ebenso herausfordern wie deren Gesellschaftswissenschaften – und beide allem Anschein nach überfordern. Der Band fragt danach, wie der Problemschwere zunächst wissenschaftlich, sodann aber auch gesellschaftlich überhaupt Rechnung zu tragen wäre: Was bräuchte es, um den existenziellen Charakter von Problemen zu realisieren, also zum einen zu erkennen, zum anderen aber auch zur Leitlinie des eigenen Handelns zu machen? Was verhindert die so verstandene Realisierung der großen Fragen unserer Zeit? Und wie wäre es um die überkommenen Formen gesellschaftlicher Normalitätsproduktion bestellt, wenn existenzielle Probleme als solche anerkannt und angegangen würden? Das Buch ist als Debattenband konzipiert, in dem die Herausgeber auf kritische Repliken zu ihren jeweiligen Positionen gemeinsam Stellung beziehen.

Mit Beiträgen von Christine Hentschel, Susanne Krasmann, Henning Laux, Stephan Lessenich und Thomas Scheffer.

www.bertz-fischer.de | mail@bertz-fischer.de | Newsletter: bertz-fischer.de/newsletter

BERTZ + FISCHER

Mirko Broll /
Eva Fleischmann (Hg.)
Handeln in einer schlechten Welt
Zur Kritik im Handgemenge
IfS Aus der Reihe 3
248 Seiten
Paperback | Fadenheftung
11 x 17 cm
€ 18,- [D] / € 18,50 [A]
978-3-86505-853-9

Die gesellschaftlichen Verhältnisse als unhaltbar auszuweisen, gehört seit eh und je zum guten Ton der Kritischen Theorie. Dass sie deswegen ein unproblematisches Verhältnis zur praktischen Gesellschaftskritik hätte, wird man allerdings nicht behaupten können. Die vielfältigen Orte der Kritik an den Verhältnissen – eben nicht nur in der Akademie, sondern auch im Alltag, auf der Arbeit, als Aktivismus – machen der wissenschaftlichen Kritikproduktion durchaus zu schaffen.

Indem dieses Buch einige außerakademische Orte gesellschaftskritischer Praxis besucht, stellt es sich der Frage, wo und wie sich Theorie und Praxis wechselseitig stärken können. Für kritische Gesellschaftstheorie im Handgemenge bedeutet das, beweglich zu bleiben und sich von der Praxis der Kritik inspirieren und irritieren zu lassen. So schonungslos sich Kritische Theorie gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen zeigt, so ungeschützt müsste sie sich auch einer praktisch gewordenen Kritik stellen. Im Wissen darum, dass letztlich beide das Gleiche wollen: dass es anders wird.

www.bertz-fischer.de | mail@bertz-fischer.de | Newsletter: bertz-fischer.de/newsletter